

MRBM LAUNCH SITE 2  
SAN CRISTOBAL



# Kalter Krieg in Lateinamerika

Hintergrundwissen  
für den Geschichtsunterricht

Dossier **5**

Unterrichtsmaterialienreihe  
›Wissen um globale Verflechtungen‹

Universität Bielefeld

Center for  
InterAmerican  
Studies



Mirko Petersen

## **Kalter Krieg in Lateinamerika**

**Hintergrundwissen für den  
Geschichtsunterricht**

---

**Unterrichtsmaterialienreihe  
›Wissen um globale Verflechtungen‹**

## **IMPRESSUM**

---

**Kalter Krieg in Lateinamerika  
Hintergrundwissen für den Geschichts-  
unterricht**

**Reihenherausgeber**

Center for InterAmerican Studies (CIAS)  
an der Universität Bielefeld

**Koordination**

Nicole Schwabe

**Autor**

Mirko Petersen

**Gestaltung**

Nathow & Geppert

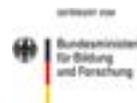
**ISSN**

2366-4916

**Druck**

2018, kipu-Verlag, Bielefeld  
Getragen vom Förderverein  
InterAmerikanische Studien e.V.

Entstanden im Rahmen des Projekts  
›Die Americas als Verflechtungsraum‹,  
finanziert durch das BMBF  
(Bundesministerium für Bildung und Forschung)



# Kalter Krieg in Lateinamerika.

## Unterrichtsbausteine für den Geschichtsunterricht in der Sekundarstufe II.



### ERSCHIENEN

März 2018

### TEXTE

Deutsch

### SEITENANZAHL

32

### ISBN

978-3-946507-06-2

Die Unterrichtsmappe ›Kalter Krieg in Lateinamerika‹ regt dazu an, die globale Konfliktlage nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus einer ungewohnten Perspektive zu betrachten. Statt den Fokus wie üblich auf die konkurrierenden Supermächte und die Spannungen

in Europa zu legen, werden die Konsequenzen des Ost-West-Konflikts in Lateinamerika beleuchtet. Auf diese Weise soll die Betrachtung des Kalten Krieges im Geschichtsunterricht um wichtige Aspekte ergänzt werden. Dabei wird schnell klar: So ›kalt‹ war der Konflikt nicht. Zudem zeigen die drei genauer untersuchten lateinamerikanischen Beispiele (Argentinien, Chile, Nicaragua), dass es neben der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus Akteure gab, die eigene, alternative Positionen vertraten.

## INHALT

<b>1. Die globale Dimension des Kalten Krieges</b> .....	<b>5</b>
<b>2. Lateinamerika im Kalten Krieg: Ein Überblick</b> .....	<b>7</b>
<b>3. Genauer hingeschaut: Beispiele aus Argentinien, Chile und Nicaragua</b> .....	<b>13</b>
3.1. Die argentinische Dritte Position	13
3.2. Der Sturz Salvador Allendes und die Militärdiktatur in Chile	16
3.3. Nicaragua und die sandinistische Revolution	18
<b>4. Das Erbe des Kalten Krieges in Lateinamerika</b> .....	<b>21</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>22</b>

Mirko Petersen hat Europastudien an den Universitäten Bremen (B.A.) und Konstanz (M.A.) studiert. Von 2014–2017 promovierte er im Rahmen des BMBF-Projektes ›Die Americas als Verflechtungsraum‹ an der Universität Bielefeld zum politischen Diskurs in Argentinien in der Frühphase des Kalten Krieges. Die vorliegende Veröffentlichung für den Schulunterricht beruht in Teilen auf dieser Forschungsarbeit.

Seine Dissertation ›Geopolitische Imaginarien. Diskursive Konstruktionen der Sowjetunion im peronistischen Argentinien (1943–1955)‹ erscheint im Februar 2018 im Transcript Verlag.

MIRKO PETERSEN

# 1. DIE GLOBALE DIMENSION DES KALTEN KRIEGES

Der Kalte Krieg ist ein wichtiges Thema in Geschichtslehrplänen, v.a. in der Sekundarstufe II (das entsprechende Inhaltsfeld heißt in Nordrhein-Westfalen ›Friedensschlüsse und Ordnungen des Friedens in der Moderne‹, der entsprechende Unterpunkt ›Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg‹). Häufig wird dieses Thema in Lehrbüchern nur in Hinblick auf die beiden Supermächte und mit Bezug auf die Situation in Europa (speziell in Deutschland) dargestellt.<sup>1</sup> Bei diesem Dossier handelt es sich um eine Reihe von Anregungen für einen globaleren Blick auf den Kalten Krieg, mit speziellem Fokus auf Lateinamerika. Es soll als Ergänzung zu den üblicherweise behandelten Themen des Zeitraums zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der Sowjetunion dienen.

Lange Zeit war die Forschung zum Kalten Krieg besonders schwierig, da viele WissenschaftlerInnen in den ideologischen Positionen der beiden großen politischen Lager der damaligen Zeit gefangen schienen. Mit größerem zeitlichen Abstand scheint zumindest in Teilen eine klügere Reflexion über den Kalten Krieg möglich (Greiner 2010). Eine neue Perspektive, die das Feld seit einigen Jahren bereichert, ist die der *Global Cold War Studies*, die den Fokus auf die globale Dimension des Kalten Krieges legt. Diese Perspektive bildet auch den Ausgangspunkt der in diesem Dossier angestellten Überlegungen.

Lange lag die Aufmerksamkeit der Forschung zum Kalten Krieg auf den beiden Supermächten, die die internationale Politik nach 1945 dominierten: die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion. Gerade aus deutscher Perspektive erschien zudem Zentraleuropa als wichtigster Ort der Konfrontation der beiden Giganten. Doch jüngere Forschungen haben betont, dass diese Perspektive zu kurz greift und dass der Kalte Krieg auch in vielen anderen Teilen der Welt signifikante Auswirkungen hatte. Der Historiker Odd Arne Westad (2005: 396), einer der Pioniere der *Global Cold War Studies*, stellt sogar die These auf, dass die sozialen und politischen Entwicklungen in der sog. Dritten Welt<sup>2</sup> die weitaus wichtigeren Aspekte des Kalten Krieges waren.

Was ein Blick auf die globale Dimension schnell verdeutlicht ist, dass der Kalte Krieg gar nicht immer so kalt war. Die lange Zeit populäre Bezeichnung des Kalten Krieges als ›langer Frieden‹ ist überholt (Greiner 2010). Wenngleich die direkte Konfrontation zwischen den Supermächten ausblieb, so kam es doch zu einer Fülle von kleineren Kriegen im Kontext der Konkurrenz zwischen den USA und der UdSSR. In der Frühphase des Kalten Krieges, von 1950 bis 1953, fand ein Stellvertreterkrieg in Korea statt. Dieses Ereignis ist bis heute durch die Teilung Koreas in zwei Staaten präsent. Weitere markante Beispiele sind der Vietnam-Krieg und die Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion (und die Unterstützung der Aufständischen durch die USA).

Es geht jedoch nicht nur darum, die Kriegsschauplätze nach 1945 auf der gesamten Weltkarte zu verorten. Die Staaten bzw. Akteure der sog. Dritten Welt sollten nicht einfach »als Anhängsel der Großen oder Bauern auf dem Schachbrett der Weltpolitik« (Greiner 2010), sondern als eigenständige Akteure betrachtet werden, die versuchten, mit der globalpolitischen Konstellation des Kalten Krieges umzugehen bzw. diese selbst zu beeinflussen.

Diese Perspektive ist speziell für die Betrachtung des Kalten Krieges in Lateinamerika wichtig. Anders als in Asien oder auch in Afrika gab es in dieser Region keine wirkliche Konkurrenz zwischen den beiden Supermächten. Mit der prominenten Ausnahme Kubas hatte die Sowjetunion in Lateinamerika, das nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stärker unter US-amerikanischer Dominanz als je zuvor stand, nur einen sehr geringen Einfluss. Dennoch war der Kalte Krieg von großer Bedeutung für die gesellschaftli-

**1** In Bezug auf die übliche Darstellung des Kalten Krieges hat sich der Autor an folgenden, für den Schulunterricht in Nordrhein-Westfalen zugelassenen Büchern orientiert:

- *Zeiten und Menschen. Geschichtswerk für die Oberstufe*. Bildungshaus Schöningh, 2014.
- *Geschichte und Geschehen. Oberstufe Nordrhein-Westfalen*. Ernst Klett Verlag, 2015.
- *Horizonte. Geschichte Qualifikationsphase. Sekundarstufe II, Nordrhein-Westfalen*. Westermann, 2015.

**2** Als Erfinder des Begriffs ›Dritte Welt‹ gilt der französische Demograph Alfred Sauvy, der damit 1952 die große Masse an unterprivilegierten Ländern der Erde bezeichnete. Im Anschluss wurde der Begriff eine Zeit lang als Synonym für die Blockfreien Staaten verwendet, die weder mit der Ersten (kapitalistische Staaten) noch mit der Zweiten Welt (sozialistische Staaten) alliiert waren. Später wurde ›Dritte Welt‹ zum Sammelbegriff für viele Staaten der Südhälfte der Erde. Der Begriff kann sowohl eine abwertende Konnotation besitzen als auch als positive Selbstbeschreibung in politischen Auseinandersetzungen verwendet werden.

chen Entwicklungen in der Region. Diese Bedeutung soll in den folgenden Abschnitten, erst überblickshaft und anschließend in Form von drei Fallbeispielen aufgezeigt werden.

Ziel ist es, auf geschichtliche Ereignisse aufmerksam zu machen, die in Erzählungen des Kalten Krieges, die auf die beiden Supermächte und Europa fokussiert sind, meist nicht vorkommen. Weniger bekannte Akteure des Kalten Krieges rücken so in den Mittelpunkt, was zu einem Perspektivwechsel einladen soll. Die weiteren Abschnitte dieses Dossiers konzentrieren sich auf folgende Leitfragen: Welche Auswirkungen hatte der Kalte Krieg in Lateinamerika? Wie wurde die Blockkonfrontation in der Region wahrgenommen? Welche Initiativen ergriffen lateinamerikanische Akteure in dieser geschichtlichen Epoche?

---

## 2. LATEINAMERIKA IM KALTEN KRIEG: EIN ÜBERBLICK

---

Speziell in der frühen Phase des Kalten Krieges tritt Lateinamerika lediglich als ein Nebenschauplatz in Erscheinung. Die zentralen Ereignisse der Konfrontation der Supermächte fanden in Europa (Teilung Deutschlands in zwei Staaten) und Asien (Korea-Krieg) statt. Bei diversen wichtigen Schritten dieser Phase, z.B. der Truman-Doktrin<sup>1</sup> und der Gründung der NATO<sup>2</sup>, spielte Lateinamerika keine Rolle.

Dennoch machte sich die Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion früh in Lateinamerika bemerkbar. Bei der Gründung der UNO 1945 stammte ein hoher Anteil der Mitgliedsstaaten der neuen globalen Organisation aus Lateinamerika. Da diese Staaten als Verbündete der USA galten, sah sich die Sowjetunion in der neu gegründeten Organisation im Nachteil. Immerhin gelang es ihr, einen kleinen Deal zu schließen. Im Ausgleich dafür, dass das während des Weltkrieges lange neutral gebliebene Argentinien UN-Mitglied werden durfte, zählten die Ukraine und Weißrussland, eigentlich nur sowjetische Unionsrepubliken, als individuelle Mitglieder (Vacs 1984: 11).

Nicht nur zur Sicherung von Stimmen in der UNO, sondern auch allgemein verstärkten die Vereinigten Staaten ihre sicherheitspolitische Führungsrolle in Lateinamerika. Dies deutete sich bereits auf einer Konferenz der Staaten des amerikanischen Kontinents in Mexiko im Februar und März 1945 an. Bei einer Konferenz in Rio de Janeiro im September 1947 schlossen die Staaten des amerikanischen Doppelkontinents unter Führung der USA dann das ›Interamerikanische Abkommen über gegenseitigen Beistand‹ (auch ›Rio-Pakt‹ genannt), das im Dezember 1948 in Kraft trat. Darin verpflichteten sich die Vertragsparteien zu gegenseitigem militärischen Beistand im Falle eines ›intra- oder extrakontinentalen Konflikts‹. Noch deutlicher machte sich der Kalte Krieg bei der nächsten interamerikanischen Konferenz in Bogotá (Kolumbien) bemerkbar, wo die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegründet wurde. Am Rande der Konferenz wurde der populäre kolumbianische Politiker Jorge Eliécer Gaitán ermordet. Ohne einen Beweis dafür vorbringen zu können, beschuldigte der US-Außenminister George Marshall »den internationalen Kommunismus« für die Tat verantwortlich zu sein (Grandin 2013: 34).

Diese Ereignisse setzen eine Dynamik in Lateinamerika in Gange, die für die restliche Zeit des Kalten Krieges prägend war. Der Vorwurf, kommunistisch zu sein oder zumindest nicht antikommunistisch genug zu sein, wurde fortan häufig von lateinamerikanischen PolitikerInnen und Militärs gegen ihre politischen GegnerInnen eingesetzt. Demokratische Spielregeln wurden dabei regelmäßig missachtet oder komplett außer Kraft gesetzt. In den meisten Fällen unterstützten die Vereinigten Staaten diese Art der Politik, da sie ihren geopolitischen Zielen diene.

Das markanteste Beispiel hierfür aus der Frühphase des Kalten Krieges war der Putsch gegen die Regierung von Präsident Jacobo Arbenz in Guatemala im Jahr 1954. Arbenz setzte sich für eine Landreform in dem zentralamerikanischen Staat ein. Seine Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei des Landes diente den USA als Argument für die Unterstützung von Militärs, die zur Freude der Großgrundbesitzer den beliebten Politiker stürzten.

Ein Schlüsselmoment für die Region stellte die Kubanische Revolution von 1959 dar. Nach jahrelangem Kampf konnten die Aufständischen unter Führung von Fidel Castro das Regime von Fulgencio Batista stürzen. Der Anthropologe Marc Edelman betont, dass »[d]er Sieg der kubanischen Revolution [...] der Sowjetunion urplötzlich sowohl Chancen als auch Risiken [eröffnete]«

**1** Als Truman-Doktrin wird eine Ansprache des damaligen US-Präsidenten Harry S. Truman am 12. März 1947 vor dem US-Kongress bezeichnet, in der er allen Staaten weltweit Unterstützung gegen kommunistische Einflüsse zusicherte.

**2** Die North Atlantic Treaty Organization (NATO) ist das am 4. April 1949 gegründete Verteidigungsbündnis westlicher Staaten unter Führung der USA.

# Das ›Interamerikanische Abkommen über gegenseitigen Beistand‹ (Rio-Pakt)

Das ›Interamerikanische Abkommen über gegenseitigen Beistand‹, auch ›Rio-Pakt‹ genannt, wurde am 2. September 1947 von den Vereinigten Staaten sowie 18 lateinamerikanischen Staaten in Rio de Janeiro (damals Hauptstadt Brasiliens) unterzeichnet.

## Artikel 1

Die ehrenwerten Vertragsparteien verurteilen den Krieg und verpflichten sich, keine Drohung und Gewalt in ihren internationalen Beziehungen in einer mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen oder dieses Vertrages widersprechenden Weise anzuwenden.

## Artikel 2

Als Konsequenz aus dem im vorangehenden Artikel festgelegten Grundsatz verpflichten sich die ehrenwerten Vertragsparteien, jeden zwischen ihnen aufkommenden Streit mit friedlichen Mitteln zu lösen und sich zu bemühen, jeglichen Streitfall untereinander im Rahmen der geltenden Bestimmungen des Interamerikanischen Systems zu lösen, bevor er an die Generalversammlung oder den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen übertragen wird.

## Artikel 3

1.) Die ehrenwerten Vertragsparteien vereinbaren, dass der bewaffnete Angriff eines Staates gegen einen amerikanischen Staat als Angriff auf alle amerikanischen Staaten gewertet wird. Deshalb verpflichtet sich jede der genannten Vertragsparteien – unter Ausübung des von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen anerkannten Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung – bei der Abwehr eines solchen Angriffs Beistand zu leisten.

2.) Auf Verlangen des angegriffenen Staates bzw. der angegriffenen Staaten kann jede Vertragspartei bis zur Entscheidung des Konsultationsorgans des interamerikanischen Systems über die sofortigen Maßnahmen entscheiden, die sie individuell zur Einhaltung der im vorherigen Paragraphen angegebenen Verpflichtungen [...] ergreifen möchte. [...]

4.) Die in diesem Artikel aufgeführten Selbstverteidigungsmaßnahmen dürfen so lange durchgeführt werden, bis der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens sowie der internationalen Sicherheit ergriffen hat.

[...]

## Artikel 6

Wenn die Unverletzlichkeit und die Integrität des Territoriums oder der Souveränität oder politische Unabhängigkeit irgendeines amerikanischen Staates von einer Aggression, die kein bewaffneter Angriff oder ein extra- oder intrakontinentaler Konflikt ist, oder von einem anderen Fakt oder einer anderen Situation, die den Frieden Amerikas gefährden könnte, beeinträchtigt wird, soll das Konsultationsorgan sofort zusammenkommen, um sich auf Maßnahmen [...] zu einigen [...].

Der Historiker Stefan Rinke (2012: 103) beschreibt den ›Rio-Pakt‹ folgendermaßen: »Um sich auf den Kampf gegen den Kommunismus konzentrieren zu können, brauchten die USA [...] den Rückhalt ›ihrer‹ Hemisphäre. Daher war man nun um Abkommen über kollektive Sicherheit bemüht. [...] Hauptanliegen des von Washington initiierten [Rio-] Paktes war eine Beistandsverpflichtung im Falle eines Angriffs von außen. Dabei berief man sich auf das Selbstverteidigungsrecht in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Die Unterzeichner sollten Konflikte erst innerhalb Amerikas zu lösen versuchen, ehe sie sich an die Vereinten Nationen wandten. Mit diesem Regionalabkommen sicherten die USA ihre Hegemonie ab und konnten vermeiden, interamerikanische Angelegenheiten vor den Vereinten Nationen unter den Augen der Sowjetunion verhandeln zu müssen.«

**Quelle**  
Webseite der OAS:  
[www.oas.org/juridico/english/treaties/b-29.html](http://www.oas.org/juridico/english/treaties/b-29.html),  
Übersetzung:  
Mirko Petersen

und dass »die sowjetisch-kubanischen Beziehungen [...] von Auseinandersetzungen über Ideologie, Entwicklungspolitik und über revolutionäre Strategie in der Region« gekennzeichnet waren (Edelman 1988: 35).

Zunächst wurden die Entwicklungen in Kuba von sowjetischer Seite als Abenteuer abgetan. Sobald der Erfolg der Revolution jedoch sicher war, wurde diese in Moskau als großer Erfolg in der direkten Nachbarschaft der USA gefeiert. Revolutionsführer Fidel Castro äußerte sich zunächst kritisch gegenüber der Sowjetunion. Bei einem Besuch in New York im April 1959 proklamierte er noch: »Wir sind gegen jede Art von Diktatur [...] und deshalb sind wir auch gegen den Kommunismus. [...] Ich bin kein Kommunist und stimme mit dem Kommunismus nicht überein« (zitiert nach Edelman 1988: 37). Trotz dieser Distanzierung wollten die USA das neue kubanische Regime schnell wieder loswerden. Doch die vom CIA unterstützte Invasion der Schweinebucht durch Exilkubaner am 17. April 1961 scheiterte und ließ Castro neu über ein Bündnis mit der Sowjetunion nachdenken. Am ersten Dezember 1961 verkündete Castro, Marxist-Leninist zu sein – dem Bündnis mit Moskau stand nichts mehr im Weg. Die Stationierung von sowjetischen Raketen auf Kuba war zunächst eine Idee des Kremls (eine Reaktion auf die Stationierung von NATO-Raketen in der Türkei), doch Castro fand großen Gefallen daran. Als der US-Regierung im Oktober 1962 Beweise für die Stationierung der Raketen vorgelegt wurden, drohte eine Eskalation des Konfliktes zwischen Washington und Moskau. In dieser sog. Kubakrise entschied der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow – nach 13 Tagen von Drohungen und Diplomatie – einzulenken und die Raketen wieder abziehen, worüber Castro sehr verärgert war. Die kubanisch-sowjetischen Beziehungen waren seitdem beschädigt.

Quelle: CIA – The John F. Kennedy Presidential Library and Museum via Wikimedia Commons ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Cuban\\_crisis\\_map\\_missile\\_range.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Cuban_Crisis?use=de#/media/File:Cuban_crisis_map_missile_range.jpg))



Während der sog. Kubakrise richteten sich die Augen der Weltöffentlichkeit wie zu sonst keinem Ereignis während des Kalten Krieges auf ein lateinamerikanisches Land. Die von den USA unterstützte Invasion der Schweinebucht durch Exilkubaner hatte die Bereitschaft Washingtons zur Aggression gegen das Regime der Karibikinsel deutlich gemacht. Zur Absicherung seines Regimes verstärkte Fidel Castro die Zusammenarbeit mit der UdSSR. Die Sowjetunion nutzte die Gelegenheit, um in der direkten Nachbarschaft der Vereinigten Staaten eine bedrohliche Präsenz zu zeigen. Als der US-Regierung im Oktober 1962 Beweise von der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba vorgelegt wurden, stand die Welt am Rande des Atomkriegs der Supermächte. Das Einlenken Nikita Chruschtschows entschärfte diese gefährliche Situation: Die UdSSR zog die Raketen gegen den Willen Castros wieder ab.

Abb. 1:  
Eine US-amerikanische Grafik, die die Reichweite  
der auf Kuba stationierten sowjetischen Raketen anzeigt

Die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Havanna um die revolutionäre Strategie in Lateinamerika verschärften sich nach der Kubakrise. Die Sowjetunion distanzierte sich zusehends von bewaffneten Kämpfen in Lateinamerika. Der Kreml zog so die harsche Kritik Ernesto ›Che‹ Guevaras auf sich, der sich aus Kuba verabschiedete, um sich dem Guerilla-Kampf zu widmen, bei dem er 1967 in Bolivien umkam. Castro prangerte an, dass die Sowjetunion und China ihrem Bündnispartner im Vietnam-Krieg nicht gegen die USA zur Hilfe kamen. Er schloss daraus, dass Kuba im Ernstfall auch nicht mit Hilfe rechnen könnte. Die einzige Option für Kuba sei daher, die Revolution in anderen Ländern voranzutreiben: »[j]ede revolutionäre Bewegung überall auf der Welt kann auf Kubas bedingungslose Hilfe zählen« (zitiert nach Edelman 1988: 47). Aufgrund der ökonomischen Probleme Kubas musste Castro jedoch einlenken. Er begab sich wieder auf die außenpolitische Linie der Sowjetunion und hoffte durch den 1972 erfolgten Beitritt zum *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW)<sup>3</sup> des sozialistischen Blocks auf wirtschaftliche Erholung.

**3** Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde 1949 von der Sowjetunion gegründet. Er sollte der Koordinierung der Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Staaten dienen.

Die Sowjetunion konnte in der Zeit nach der Kubakrise in Lateinamerika diplomatisch an Boden gut machen, da sie sich (im Gegensatz zu Kuba) als moderat (und wenig revolutionär) präsentierte. Die Entspannungspolitik zwischen den Supermächten (die sog. Détente) erlaubte es Moskau, pragmatische Beziehungen zu verschiedenen lateinamerikanischen Staaten, unabhängig von der ideologischen Ausrichtung ihrer Regierungen, aufzubauen. Die UdSSR ging speziell seit der Übernahme des Postens des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion durch Leonid Breschnew (ab 1964) sogar so weit, wirtschaftliche Beziehungen mit jeder Art von Regime zu schließen, auch wenn diese reaktionär oder sogar offen antikommunistisch waren – so z.B. mit der brasilianischen Militärdiktatur (1964–1985) und mit der letzten argentinischen Militärdiktatur (1976–1983).

Die genannten Militärdiktaturen in Brasilien und Argentinien sowie ähnliche Regime in anderen lateinamerikanischen Ländern (z.B. in Chile, siehe dazu auch Abschnitt 3.2) veranschaulichen die gravierenden Folgen der Ideologie des Kalten Krieges in Lateinamerika. Sie nutzten das Argument des Kampfes gegen den Kommunismus für ihre Zwecke, d.h. für das gnadenlose Vorgehen gegen sämtliche ihrer politischen GegnerInnen. Als eine der brutalsten lateinamerikanischen Militärdiktaturen gilt die letzte argentinische, die nach einem Putsch unter Führung von General Jorge Rafael Videla gegen Präsidentin Isabel Perón am 24. März 1976 begann (das Land wurde bereits in mehreren vorangegangenen Phasen von Militärregimen regiert). Die Militärs trieben eine harte Unterdrückung gegen verschiedene Teile der Gesellschaft voran. Alle potentiellen Oppositionellen aus Politik und Zivilgesellschaft erklärten sie zu ›Subversiven‹, die sie verfolgten und teilweise ermordeten. Angaben von Menschenrechtsorganisationen zufolge fielen dem Regime 30.000 Menschen zum Opfer (Acuña/Smulovitz 1995: 25–27). Der Terror hatte auch eine wirtschaftliche Dimension, da das Militär auf diese Weise Widerstand (z.B. von Gewerkschaften) gegen eine Umgestaltung der Wirtschaftsstrukturen verhinderte. Die neue wirtschaftsliberale Ausrichtung, die nur wenigen großen Unternehmen nutzte, führte statt der angekündigten Modernisierung zu einer sehr hohen Verschuldung und der Intensivierung gesellschaftlicher Spannungen. Als letzte Möglichkeit zur Selbstrettung sah das Regime 1982 die gewaltsame Eroberung der zu britischem Besitz zählenden Falklandinseln (argentinischer Name: ›Islas Malvinas‹). Doch durch eine Niederlage gegen das britische Militär in einem kurzen Krieg sah sich das Militärregime gezwungen, abzutreten. Die Aufarbeitung der militärischen Verbrechen beschäftigt Argentinien bis heute. Speziell in der Phase direkt im Anschluss an die Diktatur und erneut seit der 2003 beginnenden Präsidentschaft von Néstor Kirchner wurden hier global beachtete politische und juristische Erfolge erzielt. Aktuell sind das Ansehen und der Einfluss des Militärs in Argentinien im lateinamerikanischen Vergleich sehr gering (Diamint 2008: 96).

Quelle: Casa Rosada via Wikimedia Commons ([https://commons.wikimedia.org/wiki/Categor%C3%BAa:Madres\\_de\\_Plaza\\_de\\_Mayo?uselang=de#/media/File:Cristina\\_Fern%C3%A1ndez\\_con\\_Madres\\_de\\_Plaza\\_de\\_Mayo.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/Categor%C3%BAa:Madres_de_Plaza_de_Mayo?uselang=de#/media/File:Cristina_Fern%C3%A1ndez_con_Madres_de_Plaza_de_Mayo.jpg))



Abb. 2: Die ›Mütter der Plaza de Mayo‹

Die ›Mütter der Plaza de Mayo‹ demonstrierten während der letzten argentinischen Militärdiktatur (1976–1983) gegen die Verschleppung von Kindern durch die Machthaber. Auf diesem Bild sind sie mit Cristina Fernández de Kirchner (in der Mitte, ohne Kopftuch) zu sehen, Präsidentin des Landes von 2007 bis 2015. Fernández de Kirchner setzte sich ebenso wie ihr Mann Néstor Kirchner (2003–2007 argentinischer Präsident) stark für die Aufarbeitung der Diktaturverbrechen ein.

Während in Argentinien 1983 und in Brasilien 1985 der Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie gelang, wurde Zentralamerika zum letzten großen Brennpunkt des Kalten Krieges in Lateinamerika. Bereits seit Jahrzehnten waren Guatemala, Nicaragua und El Salvador von sozialen Konflikten geprägt, die v.a. mit der Ausbeutung der Bevölkerung durch die Oligarchien dieser Länder zusammenhing. Eine kaum vorstellbare Zunahme an Gewalt erlebten die genannten zentralamerikanischen Staaten aber in der letzten Phase des Kalten Krieges. Schlüsselereignisse waren dabei die sandinistische Revolution in Nicaragua von 1979 und die verstärkten Eingriffe der US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan (seit 1981 im Amt) gegen revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika.

Der Sieg der ursprünglich durch die kubanische Revolution inspirierten sandinistischen Guerilla in Nicaragua gab ähnlichen linken Guerillas in Guatemala und El Salvador Auftrieb. Während der Umsturz in Nicaragua von Erfolg gekrönt war (siehe hierzu ausführlicher: Abschnitt 3.3), konnten die Guerillas in El Salvador und Guatemala keine entscheidenden Erfolge auf nationaler Ebene verbuchen. Die Bürgerkriege in diesen beiden Ländern brachten vor allem durch hemmungslose Massenmorde der Militärs (häufig an der indigenen Bevölkerung) unfassbare Todeszahlen hervor: Im insgesamt von 1960 bis 1996 andauernden Bürgerkrieg in Guatemala starben 150.000 Menschen, dazu ist von 50.000 Verschwundenen die Rede (Grundberger / Hoffmann 2008: 249); im salvadorianischen Bürgerkrieg von 1980 bis 1992 ließen 75.000 Menschen ihr Leben und die Angabe der Verschwundenen beläuft sich auf 10.000 Personen (Luther 2008: 229).

Die Kämpfe in Guatemala, Nicaragua und El Salvador standen im engen Zusammenhang mit der erneuten Intensivierung des Kalten Krieges. Nach einer Phase der Entspannungspolitik verschärfte sich der Konflikt zwischen den Supermächten wieder. Dies hing speziell mit der Invasion Afghanistans durch die UdSSR und mit der aggressiven US-Außenpolitik unter Ronald Reagan (1981–1989 Präsident) zusammen. Die US-Regierung unter Jimmy Carter (1977–1981 Präsident) reagierte zunächst noch unentschlossen auf die politischen Entwicklungen in Zentralamerika. Es war in erster Linie die Regierung seines Nachfolgers Ronald Reagan, die sich intensiv in die dortigen Konflikte einmischte. ›Aus Sicht der Reagan-Administration‹, schreibt der Historiker Stefan Rinke (2012: 122), »war die Politik der Unterstützung der konservativen Eliten und Militärs [...], die sich gegen den sozialen Wandel

stemmten, sinnvoll, denn nur sie schienen eine Abwehr des Kommunismus zu garantieren. [...] Dementsprechend stieg die Militärhilfe Washingtons für Lateinamerika von 1979 bis 1982 um das 15-Fache. Der Großteil floss nach Zentralamerika [...].« Neben der Unterstützung der gegen die sandinistische Regierung gerichteten Bewegung in Nicaragua (*Contras* genannt) konzentrierte sich Reagans Regierung v.a. auf El Salvador. Das Land stieg innerhalb kürzester Zeit zu einem der bedeutendsten Empfänger von US-Militärhilfe auf (Rinke 2012: 123). Auf diese Weise war die US-Regierung ein entscheidender Akteur, der zu den zentralamerikanischen Massakern in der Spätphase des Kalten Krieges beitrug.

## Übersicht: Wichtige Ereignisse des Kalten Krieges in Lateinamerika

Jahr	Staat	Ereignis	Kurzbeschreibung
1945	Mexiko	Interamerikanische Konferenz von Chapultepec	Erste Weichenstellung für gesamtamerikanische Integrationsprozesse
1947	Brasilien	Unterzeichnung des Rio-Paktes	Unterzeichnung des Interamerikanischen Verteidigungsabkommen bei der Konferenz in Rio de Janeiro
1948	Kolumbien	Gründung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)	Gründung der OAS bei einer Konferenz in Bogotá
1954	Guatemala	Militärputsch gegen Präsident Jacobo Arbenz	Das Militär stürzt mit Unterstützung der USA den gewählten guatemalteken Präsidenten Arbenz
1959	Kuba	Kubanische Revolution	Sturz des Diktators Fulgencio Batista durch Revolutionäre um Fidel Castro und Ernesto Guevara
1960	Guatemala	Beginn eines 36-jährigen Bürgerkriegs	In Guatemala beginnt ein langer Bürgerkrieg mit 150.000 Todesopfer (+50.000 Verschwundenen)
1962	Kuba	Kubakrise	Konflikt zwischen den USA und der UdSSR um sowjetische Raketen auf Kuba
1964	Brasilien	Militärputsch gegen Präsident João Goulart	Militärs stürzen den linken Präsidenten Goulart (als Grund führen sie den Kampf gegen Kommunisten an)
1967	Bolivien	Ernesto Guevara wird erschossen	Guevara war im Guerrilla-Kampf in Bolivien aktiv, wo er von bolivianischen Soldaten erschossen wurde
1970	Chile	Sozialist Salvador Allende gewinnt Präsidentschaftswahl	Der Sieg Allendes in der chilenischen Präsidentschaftswahlen soll den friedlichen Weg zum Sozialismus aufzeigen
1973	Chile	Militärputsch gegen Präsident Salvador Allende	Unter Führung von Augusto Pinochet wird Allende gestürzt und eine bis 1990 anhaltende Diktatur errichtet
1976	Argentinien	Militärputsch gegen Präsidentin Isabel Perón	Beginn der letzten und brutalsten argentinischen Militärdiktatur, die ca. 30.000 Todesopfer forderte
1979	Nicaragua	Sandinistische Revolution	Diktator Anastasio Somoza wird durch einen Volksaufstand und Militäraktionen der Sandinistischen Befreiungsfront gestürzt
1980	El Salvador	Beginn eines 12-jährigen Bürgerkriegs	Im Kampf zwischen Militärs und der Guerrilla kommen 75.000 Menschen ums Leben (+10.000 Verschwundenen)
1982	Argentinien	Falklandkrieg	Argentinien beginnt Krieg um die Falklandinseln (Islas Malvinas) und verliert diesen gegen Großbritannien

eigene Darstellung

---

## **3. GENAUER HINGESCHAUT: BEISPIELE AUS ARGENTINIEN, CHILE UND NICARAGUA**

---

Im Anschluss an diese Überblicksdarstellung zum Kalten Krieg in Lateinamerika werden in diesem Abschnitt Beispiele aus drei verschiedenen Ländern (Argentinien, Chile und Nicaragua) präsentiert. Diese Beispiele sollen die verschiedenen Dimensionen des Kalten Krieges in der Region etwas detaillierter illustrieren.

### 3.1.

---

## **Die argentinische Dritte Position**

---

In den 1930er Jahren vollzogen sich in Argentinien viele wichtige Veränderungen. Speziell in der Zeit von 1880 bis 1930 war das Land prosperierend und finanzierte sich durch Agrarexporte nach Großbritannien und andere Länder Europas. Dieses Modell war nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 nicht mehr aufrecht zu erhalten und eine schwierige wirtschaftliche Umstrukturierung musste erfolgen. Hinzu kam eine Krise des politischen Systems, das durch Korruption und Wahlfälschung an Glaubwürdigkeit verlor.

Um gegen diese Krise vorzugehen, griff das Militär in die Politik ein. Am 4. Juni 1943 stürzten die argentinischen Streitkräfte den Präsidenten Ramón Castillo und übernahmen drei Jahre lang die Macht. Die politischen Ansichten innerhalb des Militärs waren heterogen. Im internen Machtkampf nach dem Putsch setzte sich der nationalistische gegen den liberalen Flügel des Militärs durch. Eines der zentralen Ziele des nationalistischen Flügels war neben dem Vorgehen gegen die politische Klasse des Landes auch die Aufrechterhaltung der argentinischen Neutralität im Zweiten Weltkrieg. Die Neutralität galt vielen ArgentinierInnen als Ausdruck der Souveränität und Unabhängigkeit des Landes, vor allem gegenüber den USA, deren Einfluss in Südamerika als Konkurrenz gegenüber Argentinien empfunden wurde. Zwar sah sich das Militärregime Anfang 1944 gezwungen, die Beziehungen zu den Achsenmächten abubrechen, erklärte diesen jedoch erst Ende März 1945 den Krieg.

Oberst Juan Domingo Perón entwickelte sich im Zeitraum der militärischen Herrschaft zum wichtigsten politischen Akteur in Argentinien. Er übernahm das Arbeitssekretariat des Militärregimes und gewann durch sozialpolitische Maßnahmen das Vertrauen der Arbeiterschaft des Landes. Als das Militärregime die Rückkehr zur Demokratie einleitete, trat Perón als Präsidentschaftskandidat an. Bei den Wahlen am 24. Februar 1946 errang er den Sieg und trat sein Amt am 4. Juni desselben Jahres an. Besonders in seinen ersten Regierungsjahren konnten Perón und seine Regierung große wirtschaftliche und sozialpolitische Erfolge vorweisen. In Anlehnung an seinen Namen hießen seine Politik und sein politisches Lager bald ›Peronismus‹.

Nicht nur Juan Perón war eine entscheidende Figur der argentinischen Politik, sondern auch seine Frau Eva, genannt Evita. Juan Perón lernte die Schauspielerin Eva Duarte bei einer Benefizveranstaltung kennen und heiratete sie 1945. Wenngleich Eva Perón keinen politischen Posten im engeren Sinne bekleidete, so war sie doch ein wichtiger Bestandteil der ab 1946 aktiven Regierung. Speziell mit ihrer Eva-Perón-Stiftung engagierte sich Evita für die Armenhilfe und erlangte einen hohen Grad an Beliebtheit in der Bevölkerung. Die Historikerin Ursula Prutsch (2001: 33) beschreibt Eva Perón folgendermaßen: »Sie etablierte und stützte den Führerkult und steigerte ihre Liebe zu Perón öffentlich ins Religiöse. [...] Als ehemalige Geliebte Peróns und kinderlose Frau Mitte zwanzig gelang ihr die Hochstilisierung zur Mutter der Nation, zur Marienikone, zur Heiligen, die auf Kinder verzichtet habe, um sich für die Kinder der Nation aufzuopfern.« 1952 starb Eva Perón im Alter von nur 33 Jahren an Gebärmutterhalskrebs. Bis heute ist sie eine politische Legende in Argentinien.



Quelle: Archivo General de la Nación via Wikimedia Commons  
([https://commons.wikimedia.org/wiki/Juan\\_Per%C3%B3n#/media/File:Peron\\_y\\_Eva\\_-\\_casamiento\\_civil\\_-\\_1945.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/Juan_Per%C3%B3n#/media/File:Peron_y_Eva_-_casamiento_civil_-_1945.jpg))

Abb. 3: Juan Domingo Perón bei der Trauung mit Eva Duarte (1945)

Besonderes Aufsehen erregte Perón durch seine Positionierung in der internationalen Politik. Im Kontext der Frühphase des Kalten Krieges verkündete der argentinische Präsident, eine Dritte Position zwischen den beiden Systemen der Supermächte vertreten zu wollen. Seine Politik sollte weder die ausbeuterischen Züge des Kapitalismus noch die autoritären Züge des sowjetischen Kommunismus tragen. Stattdessen sollte laut Perón das Wohlergehen des Menschen im Mittelpunkt stehen. Dies zeigt, dass sich nicht alle lateinamerikanischen PolitikerInnen mit den Systemen der dominanten Mächte des Kalten Krieges zufrieden zeigten.

Die Dritte Position des Peronismus war jedoch keine neutrale geopolitische Haltung. Perón versprach den Vereinigten Staaten, dass sich die Haltung Argentiniens während des Zweiten Weltkrieges nicht wiederholen werde: Im Falle einer direkten Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR stehe Argentinien an der Seite der erstgenannten. Trotz dieser Treueschwüre reagierten die USA mit Widerwillen auf die Dritte Position Argentiniens, die sie als Störfaktor im Kalten Krieg empfanden.

Quelle: Presidencia de la Nación (1950): La nación argentina: justa, libre, soberana. Buenos Aires: Peuser, S. 470; Übersetzung: Wf.



Die Regierung Juan Peróns betrieb einen großen propagandistischen Aufwand, um ihre unabhängige politische Stellung in der globalen Politik der Frühphase des Kalten Krieges zu betonen. Die untenstehende Zeichnung stammt aus einem von der Regierung herausgegebenen Buch aus dem Jahr 1950, in dem die argentinische Politik vereinfacht auf vielen Zeichnungen illustriert wird. Auf dieser Zeichnung wird oben links das kapitalistische System dargestellt. Viele ArbeiterInnen schufteten für die großen Gewinne eines Kapitalisten. Darunter ist zu lesen: »Die Arbeit der Meisten wird von einer kapitalistischen Oligarchie absorbiert, die den Menschen der Starre der Technik unterwirft und seine speziellen Fähigkeiten ruiniert.« Der Bildteil rechts oben karikiert das kommunistische Regime. Hier sind zwei Säcke schleppende Arbeiter zu sehen, die von einem im typisch sowjetischen Stil uniformierten Soldaten mit Gewehr bewacht werden. In der Bildunterschrift steht: »Die Arbeit der Meisten wird durch einen entmenslichten Staat absorbiert, von dem uns die Religion, die Bräuche und die noble Tradition unserer westlichen Kultur trennen.« Beiden Regimen wird am Ende, in der unteren Hälfte des Bildes, die Dritte Position des Peronismus gegenübergestellt. Hier ist eine glückliche Familie mit Eigenheim und ausreichendem Wohlstand zu sehen. Unter diesem Bildteil ist ein Ausspruch Peróns zu lesen: »Durch unsere Doktrin sind wir weit von den ideologischen Extremen der Menschheit entfernt. Dadurch hat unsere Stimme die Eigenschaften der Ausgeglichenheit und der gleichmütigen Autorität, die sie benötigt, um von jenen Extremen respektvoll gehört zu werden, wie eine Stimme, die frei ist von jeglicher Verpflichtung.«

Abb. 4: Darstellung der argentinischen Regierung von 1950 mit dem Titel »Die drei ideologischen Positionen«

Ab 1949/1950 geriet Argentinien verstärkt in wirtschaftliche Probleme und Peróns Regierung war in größerem Maße auf gute Beziehungen zu den USA angewiesen. Speziell nach Peróns Wiederwahl zum Präsidenten 1952 erfolgte eine argentinisch-US-amerikanische Annäherung und die Regierung vermied es, die Dritte Position zu stark hervorzuheben (Petersen 2018).

1955 wurde Perón vom Militär gestürzt, nachdem er durch einen Streit mit der katholischen Kirche bereits politisch angeschlagen war. Anschließend ging Perón für eine lange Zeit ins Exil. Der Peronismus wurde jedoch in Argentinien von vielen Menschen am Leben gehalten. 1973 kehrte Perón nach Argentinien zurück und wurde nochmal Präsident des Landes. Auch seine Dritte Position erhob er wieder zur Staatsdoktrin. Dieses politische Comeback endete jedoch bereits 1974, als Perón im Alter von 78 Jahren starb. Der Tod Peróns destabilisierte das ohnehin bereits fragile politische System Argentiniens weiter. Im März 1976 wurde Peróns Nachfolgerin im Präsidentenamt, seine dritte Ehefrau Isabel, vom Militär gestürzt, was den Beginn der letzten argentinischen Militärdiktatur markierte (siehe Beschreibung weiter oben).

## Der Sturz Salvador Allendes und die Militärdiktatur in Chile

Im Vergleich zu Argentinien und vielen anderen lateinamerikanischen Staaten galt Chile lange als politisch äußerst stabil. Der von 1964 bis 1970 regierende Präsident Eduardo Frei stand für eine Reformpolitik mit antikommunistischer Stoßrichtung, die von den USA begrüßt wurde. Trotz gewisser Erfolge bei seinen Reformen geriet Frei zunehmend in die Kritik und in den Präsidentschaftswahlen von 1970 triumphierte der Sozialist Salvador Allende Gossens, der als Kandidat eines Bündnisses linker Parteien antrat (der sog. *Unidad Popular*). Innenpolitisch wollte Allende die sozialen Reformen, die unter Frei begannen, deutlich radikalisieren und außenpolitisch durch eine Intensivierung der Beziehungen zum sozialistischen Block für eine unabhängigere internationale Stellung Chiles einstehen.

Die USA stemmten sich sofort mit aller Macht gegen die neue linke Regierung Chiles. Um jeden Preis wollte sie eine Art zweiten Fidel Castro in Lateinamerika verhindern. Einen durch demokratische Wahlen legitimierten Sozialisten an der Regierung empfand die US-Regierung als vielleicht sogar noch gefährlicher als das revolutionäre Kuba. Gegen einen ›friedlichen Weg zum Sozialismus‹ hatte Washington weniger Argumente in der Hand. Schnell nahm der US-amerikanische Geheimdienst Kontakt zu putschbereiten chilenischen Militärs auf, um sogar schon den Amtsantritt Allendes zu verhindern (Rinke 2012: 117).

Der Sozialist Salvador Allende gewann die chilenischen Präsidentschaftswahlen von 1970. Von Anfang an hatte seine Regierung durch Konflikte mit der Opposition und den USA Probleme. Auf diesem Bild ist Salvador Allende zu sehen, wie er seine Stimme bei den Parlamentswahlen im März 1973 abgibt. Bei diesen Wahlen setzte sich die Opposition durch, wenngleich nicht so deutlich wie von ihr erhofft. Im September desselben Jahres wurde Allendes Regierung durch einen Militärputsch gestürzt.



Quelle: Biblioteca del Congreso Nacional de Chile via Wikimedia Commons  
([https://commons.wikimedia.org/wiki/Salvador\\_Allende#/media/File:SalvadorAllende1973.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/Salvador_Allende#/media/File:SalvadorAllende1973.jpg))

Abb. 5: Salvador Allende bei den chilenischen Parlamentswahlen 1973

# Die letzte Radioansprache Salvador Allendes

Am Morgen des 11. September, als der Staatsstreich in Chile bereits in vollem Gange war, gelang es Salvador Allende noch, über das Radio zur Bevölkerung des Landes zu sprechen. Im Folgenden sind einige Ausschnitte aus Allendes Radioansprachen aufgeführt.

## 7:55 Uhr über Radio Corporación

Es spricht der Präsident der Republik aus dem Präsidentenpalast *La Moneda*. Bestätigte Informationen deuten darauf hin, dass ein Teil der Marine Valparaíso [chilenische Hafenstadt] isoliert hat und die Stadt besetzt ist. Das bedeutet, dass es sich um einen Aufstand gegen die Regierung handelt, die legitime Regierung, die Regierung, die durch das Gesetz und den Willen des Staatsbürgers geschützt ist. [...]

## 8:45 Uhr über Radio Corporación

[...] Die Situation ist kritisch, wir stehen einem Staatsstreich gegenüber, an dem sich die Mehrheit der Streitkräfte beteiligt. [...]

## 9:03 Uhr über Radio Magallanes

In diesem Moment kommen die Flugzeuge. Es ist möglich, dass sie uns durchlöchern. [...]

Im Namen der ehrwürdigsten Interessen des Volkes, in Namen des Heimatlandes, wende ich mich an euch, um euch zu sagen, dass ihr den Glauben nicht verlieren sollt. Die Geschichte hört nicht auf, weder durch Repressionen, noch durch Verbrechen. Dies ist eine Etappe, die überwunden wird. Dies ist ein harter und schwieriger Moment: es ist möglich, dass sie uns zerquetschen werden. Aber die Zukunft gehört dem Volk, gehört den Arbeitern. Die Menschheit schreitet voran zur Eroberung eines besseren Lebens. [...]

## 9:10 Uhr über Radio Magallanes

Mit Sicherheit wird dies meine letzte Möglichkeit sein, um mit euch zu sprechen [...]

In diesem historischen Übergang, in den ich befördert wurde, werde ich meine Loyalität gegenüber dem Volk mit meinem Leben bezahlen. Und ich sage euch, dass ich mir sicher bin, dass die Saat, die wir in das edle Gewissen von tausenden und abertausenden Chilenen ausgebracht haben, aufgehen wird. Sie kann nicht endgültig im Keim erstickt werden. Sie haben die Gewalt, sie können uns unterwerfen, aber die sozialen Prozesse können weder mit Verbrechen, noch mit Gewalt aufgehalten werden. Die Geschichte gehört uns, sie wird von den Völkern gemacht. [...]

Arbeiter meines Vaterlandes! Ich glaube an Chile und sein Schicksal. Andere Menschen werden diesen grauen und bitteren Moment überwinden, in dem sich der Verrat durchzusetzen versucht. Ihr sollt wissen, dass sich eher früher als später von neuem die großen Alleen öffnen, auf denen der freie Mensch hin zu einer besseren Gesellschaft schreitet.

Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Arbeiter! [...]

### Quelle

Allende, Salvador (1973): Los procesos sociales no se detienen ... Últimos mensajes de Salvador Allende al pueblo de Chile, La Moneda, 11 de septiembre de 1973. In: Archivo Chile, URL: [www.archivochile.com/S\\_Allende\\_UP/doc\\_de\\_sallende/SAd0005.pdf](http://www.archivochile.com/S_Allende_UP/doc_de_sallende/SAd0005.pdf) (Zugriff: 09.01.2018), Übersetzung: Mirko Petersen.

Nachdem es nicht gelang, den Amtsantritt Allendes zu verhindern, gingen die USA zu einer anderen Strategie über, in deren Mittelpunkt die Destabilisierung der chilenischen Wirtschaft stand. Hierbei wirkte auch die chilenische Opposition mit, die mit ihrer Blockadehaltung Allendes Reformpolitik enorm erschwerte. Das Land geriet in eine wirtschaftliche Krise (besonders durch eine hohe Inflation gekennzeichnet) und in eine Situation, die von vielen politischen Auseinandersetzungen bestimmt war. Am 11. September 1973 wurde Allende vom Militär unter Leitung von General Augusto Pinochet gestürzt. Allende nahm sich im Präsidentenpalast, der von den Militärs bombardiert wurde, das Leben.

»Der Staatsstreich in Chile bedeutet [...] eine wahre Wendung in der Geschichte der Region und vielleicht der Welt«, meint der Politologe Mario Toer (2011: 117). Die Aussage gründet darauf, dass Chile zum autoritär regierten Laboratorium des Neoliberalismus wurde. Hier wurden radikale wirtschaftsliberale Reformen durchgeführt, noch bevor Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten ähnliche Maßnahmen durchführten. Der Geograf David Harvey (2007: 15) beschreibt die Aktivitäten des chilenischen Militärregimes folgendermaßen: Es »unterdrückte alle sozialen Bewegungen und politischen Organisationen der Linken und zerschlug alle Formen von Basisorganisationen wie die kommunalen Gesundheitszentren in den Armenvierteln. Zudem »befreite« die Junta den Arbeitsmarkt von allen rechtlichen Regelungen oder institutionellen Beschränkungen, wozu auch die Macht der Gewerkschaften gehörte.«

Während die erste Phase nach dem Staatsstreich in erster Linie von brutalen Repressionen gegen die politische Opposition geprägt war, begann das neoliberale Experiment 1975. Das Militärregime folgte dabei der sog. *Chicago School*, d.h. der an der Universität Chicago entwickelten wirtschaftsliberalen Reformideen (die bekannteste Figur dahinter ist wohl der Ökonom Milton Friedman). Durch die Reformen gelang es dem Regime kurzfristig, ein hohes Wirtschaftswachstum herbeizuführen. Gleichzeitig stiegen jedoch die sozialen Ungleichheiten sowie die Auslandsschulden. Zwischenzeitliche Krisen des Modells konnten Pinochets Regime nicht gefährlich werden, da er das Land durch autoritäre Kontrolle beherrschte.

Auch der Übergang zur Demokratie fand unter der festen Kontrolle des Militärregimes statt. So stellte es sicher, dass ihm nicht die gleichen juristischen und politischen Folgen wie den argentinischen Streitkräften nach dem Ende der letzten Diktatur in Chiles Nachbarland drohten. Bis heute ist Chile deutlich von den in den Jahren der Militärdiktatur etablierten Strukturen geprägt und die Aufarbeitung der Diktatur ist nur teilweise erfolgt.

### 3.3.

## Nicaragua und die sandinistische Revolution

Nicaragua ist ein Land, das schon seit langer Zeit besonders von seinen Agrarexporten (speziell Bananen, Baumwolle, Kaffee, Zucker, Fisch und Fleisch) lebt. Seit 1937 wurde Nicaragua politisch und wirtschaftlich vom Familienclan der Somozas beherrscht, der die Agrarflächen des Landes wie seinen Privatbesitz verwaltete und damit hohe Gewinne einstrich. Die Macht des Clans basierte zudem auf der Kontrolle über die Nationalgarde, die für ihn wie eine Privatarmee agierte (König 2010: 643).

1937 wurde Anastasio Somoza García zum ersten Mal Präsident Nicaraguas und blieb bis zu seiner Ermordung 1956 in diesem Amt. Auf ihn folgte ein weiteres Familienmitglied im Präsidentenamte. Es kamen zunehmend Konflikte im Land auf, zum einen wegen der schamlosen Bereicherung der Somozas und zum anderen wegen den eingeschränkten Möglichkeiten der

politischen Partizipation. Die Somozas sahen sich gezwungen, mehr politischen Wettbewerb zuzulassen. Erst 1972 gelang es einem Triumvirat aus zwei liberalen und einem konservativen Politiker, eine Regierungsjunta zu stellen und die direkte Herrschaft der Somozas einzuschränken, deren Macht jedoch weiterhin präsent war. Im September 1974 gewann dann erneut Anastasio Somoza Debayle, der bereits von 1967 bis 1972 Präsident war, in einem Klima von Repression und Gewalt die wenig demokratischen Wahlen für das höchste politische Amt des Staates (König 2010: 645–647).

Welche Rolle spielte nun der Kalte Krieg im nicaraguanischen Kontext? Wie bereits angedeutet, bildete sich bereits früh Widerstand gegen die Somoza-Herrschaft. 1961 bildete sich die ›Sandinistische Front der Nationalen Befreiung‹, eine Oppositionsgruppe, die schnell zu einer größeren Guerilla-Gruppierung anwuchs. Sie war taktisch und ideologisch von der Kubanischen Revolution inspiriert, der es gelungen war, einen Diktator zu stürzen. Zunächst hatte die Sandinistische Front in der kriegerischen Auseinandersetzung gegen die überlegende Nationalgarde des Somoza-Clans keine Chance.

Erst Mitte der 1970er Jahre, als sich auch andere Teile der Bevölkerung stärker gegen die Somozas auflehnten (Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kirche), eröffneten sich neue Möglichkeiten für die sandinistische Guerilla. Im Juli 1979 gelang es der sandinistischen Front unter Führung von Daniel Ortega die Hauptstadt Managua einzunehmen und die Kontrolle des Staates zu übernehmen. Die Kampfhandlungen hatten 40.000–50.000 Todesopfer gefordert (König 2010: 652). Während die erste Phase des neuen Regimes noch durch eine Zusammenarbeit zwischen der sandinistischen Front und bürgerlichen Parteien geprägt war, zogen sich letztere aufgrund autoritärer Tendenzen Ortegas zurück.

Wie bereits in der Überblicksdarstellung erwähnt, fiel die sandinistische Revolution in eine Phase verstärkter Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion – die Zeit der Entspannungspolitik im Kalten Krieg war vorbei. Die Ereignisse in Nicaragua konnten dabei als Sieg für den sozialistischen Block gewertet werden, wenngleich sich der Sandinismus nicht eindeutig auf Seiten der UdSSR positionierte. Die Vereinigten Staaten versuchten bereits Mitte 1979 den sich abzeichnenden Machtwechsel in Nicaragua über Einflussnahme in der Organisation Amerikanischer Staaten zu verhindern, was ihnen jedoch nicht gelang (Schobel / Elsemann 2008: 418). Nach der Machtübernahme förderte die US-Regierung die Ausbildung von konterrevolutionären Kräften, den sog. Contras, im Nachbarland Honduras (meist handelte es sich um Somoza-Anhänger und frühere Nationalgardisten). Der US-Geheimdienst griff aber auch direkt in Nicaragua ein – so verminnte er z.B. in den Jahren 1983 / 84 drei Häfen in dem zentralamerikanischen Land. Als der US-Kongress die Bewaffnung der Contras durch die Regierung Reagans verhindern wollte, fand diese, wie sich später herausstellte, geheime Wege, um die Unterstützung fortzusetzen (Rinke 2012: 123–124). Darüber hinaus verhängte Washington auch Wirtschaftssanktionen gegen die sandinistische Regierung.

Nach den Eingriffen der Vereinigten Staaten schaltete sich auch die Sowjetunion in die Auseinandersetzungen in Nicaragua ein und lieferte dem Revolutionsregime sogar Waffen. So entwickelte sich in Nicaragua eine Art Stellvertreterkrieg zwischen den Supermächten. Der Historiker Hans-Joachim König (2010: 653) kommentiert dies folgendermaßen: »Obwohl marxistischer Einfluss offensichtlich war und Nicaragua politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba und der Sowjetunion aufnahm, verfolgte [die sandinistische Regierung] doch eher eine eigene Linie. Ein entscheidender Faktor für die immer enger werdenden Beziehungen zu Kuba und dem sozialistischen Block waren die [...] [von] Reagan [...] verordneten Sperrungen von Krediten, die für Nicaragua lebenswichtig waren, sowie die Unterstützung der [...] Gegenrevolutionäre [...]. Die Reagan-Regierung fürchtete eine Destabilisierung in Zentralamerika und wollte ein zweites Kuba verhindern, förderte aber stattdessen den Bürgerkrieg in Nicaragua.«

Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der sandinistischen Regierung und den *Contras* hatten erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung Nicaraguas in den 1980er Jahren. Auf der

einen Seite konnte die Regierung große Erfolge verbuchen: Sie konnte die Analphabetenquote von 50 auf 13 % reduzieren und die medizinische Versorgung deutlich verbessern. Es waren nicht zuletzt diese Erfolge, die Daniel Ortega bei den 1985 abgehaltenen Wahlen einen deutlichen Erfolg bescherten. Auf der anderen Seite blieb Nicaragua während der 1980er Jahre eine Kriegswirtschaft, in der ein großer Anteil des Staatshaushaltes für die Bekämpfung der *Contras* verwendet wurde. Speziell in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts führte dies zu großen wirtschaftlichen Problemen (Schobel / Elsemann 2008: 418).

Die nicaraguanische Regierung beteiligte sich ab 1987 an einer gemeinsamen Initiative der zentralamerikanischen Regierungen zur Befriedung und Demokratisierung der Region. In diesem Kontext sicherte sie die Durchführung von freien Wahlen im Jahr 1990 zu. Bei diesen Wahlen wurde dem Präsidenten Ortega die schlechte wirtschaftliche Lage zum Verhängnis und er unterlag Violeta Barrios Chamorro, der von den Vereinigten Staaten favorisierten Kandidatin. Zu ihrer Unterstützung kündigte die US-Regierung an, im Falle ihres Sieges die Sanktionen gegen Nicaragua aufzuheben und die Unterstützung der *Contras* einzustellen (Schobel / Elsemann 2008: 418–419).

Wenngleich der Sandinismus sich ideologisch veränderte, ist er bis heute in der nicaraguanischen Politik vertreten. Nach gescheiterten Versuchen bei den Wahlen von 1996 und 2002 setzte sich Daniel Ortega sogar bei den Präsidentschaftswahlen von 2006 durch. Er wurde erneut nicaraguanisches Staatsoberhaupt und ist dies bis heute. Autoritäre Tendenzen, die sich bereits in den 1980er Jahren zeigten, prägen seinen Regierungsstil in den letzten Jahren zunehmend.

Auf der Abbildung ist eine Briefmarke aus der DDR aus dem Jahr 1983 zu sehen. Es handelt sich um eine Darstellung der Alphabetisierungskampagne des Sandinismus in Nicaragua.

Die Revolution in Nicaragua löste eine Welle von Sympathie und Solidarität aus. Zum einen, wie durch diese Briefmarke dokumentiert, bei den sozialistischen Staatsführungen, zum anderen aber auch in zivilgesellschaftlichen Kreisen, sowohl im Westen als auch im Osten. Karim Saab (2016: 39), der in der DDR eine Bürgerinitiative für die Solidarität mit der sandinistischen Revolution gründete, beschreibt seinen Einsatz für das lateinamerikanische Land aus heutiger Sicht folgendermaßen: »Natürlich war viel Fernweh mit im Spiel. Was faszinierte einen Oppositionellen in der DDR aber darüber hinaus an dieser sandinistischen Revolution? Die Nicaraguaner hatten der Welt vorgemacht, dass David gegen Goliath siegen konnte. Sie hatten ihren Diktator im Juli 1979 einfach davongejagt. Dieser ferne Freiheitskampf zeigte doch, was gegen alle Wahrscheinlichkeit möglich war.« Wie Saab hier betont, war er Oppositioneller und engagierte sich zivilgesellschaftlich, was in der DDR nicht gerne gesehen war. Aber er solidarisierte sich mit einem Regime, das von sozialistischen Regierungen als Verbündeter im Kalten Krieg betrachtet wurde, weshalb das staatliche Vorgehen gegen ihn und seine Gruppe schwerer fiel.



Bildquelle: Nightflyer via Wikimedia Commons  
([https://de.wikipedia.org/wiki/Nicaragua#/media/File:Stamps\\_of\\_Germany\\_\(DDR\)\\_1983\\_MiNr\\_2834.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Nicaragua#/media/File:Stamps_of_Germany_(DDR)_1983_MiNr_2834.jpg))

Abb. 6: Briefmarke mit Nicaragua-Motiv aus der DDR

---

## 4. DAS ERBE DES KALTEN KRIEGES IN LATEINAMERIKA

---

»Lateinamerika war ein Schlachtfeld des Kalten Krieges und diese Prägung wirkt bis heute nach«, betont die Soziologin Claudia Detsch (2014: 1). Sie macht dies speziell an einem ausgeprägten Misstrauen in den Beziehungen zwischen Lateinamerika und den Vereinigten Staaten fest. Die »zahllosen Interventionen« und »demokratisch und moralisch nicht zu legitimierenden Maßnahmen« (Detsch 2014: 2) des US-Geheimdienstes während des Kalten Krieges hätten deutliche Spuren in der lateinamerikanischen Sicht auf die USA hinterlassen. Als Beispiel führt Detsch das Misstrauen vieler lateinamerikanischer Regierungen gegenüber der Organisation Amerikanischer Staaten an, einer zu Beginn des Kalten Krieges gegründeten Organisation, die seit jeher von Washington dominiert wird.

Wie die Ausführungen in diesem Dossier verdeutlicht haben, ist das Erbe des Kalten Krieges in Lateinamerika nicht nur in den Beziehungen zu den USA zu finden, sondern auch in den gesellschaftlichen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern der Region selbst. Der Kalte Krieg hatte großen Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Pfade, die lateinamerikanische Regierungen einschlugen. Wie das revolutionäre Kuba auf der einen und verschiedene Militärdiktaturen auf der anderen Seite demonstrieren, ging es dabei mitunter um eine deutliche Positionierung in dem globalen Duell der Supermächte – wenngleich die Motive für diese Positionierung eng mit strategischen Zielen auf nationaler Ebene zusammenhingen. Darüber hinaus versuchten lateinamerikanische Akteure in verschiedenen Stadien der Blockkonfrontation, Alternativen zu den politischen und wirtschaftlichen Modellen auf beiden Seiten des »Eisernen Vorhangs« zu formulieren, z.B. in Argentinien in Form der Dritten Position des Peronismus. Insgesamt kann sich den Worten der Historikerin Daniela Spenser (2008: 395) angeschlossen werden: »Ohne den Kalten Krieg wäre Lateinamerika heute ein ganz anderer Ort.«

Sehr deutlich tritt das Erbe des Kalten Krieges bei der anhaltenden Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktaturen zutage. Während Argentinien hier als Vorreiter bezeichnet werden kann, weist die Aufarbeitung in Chile und Brasilien große Lücken auf. In Zentralamerika haben regionale Friedensinitiativen auf diplomatischer und zivilgesellschaftlicher Ebene große Leistungen vollbracht, um die dortigen Bürgerkriege zu beenden. Gleichzeitig muss konstatiert werden, dass auch hier viele Verbrechen noch nicht aufgearbeitet und verschiedene gesellschaftliche Gräben noch nicht geschlossen sind.

Die angesprochenen Militärdiktaturen und Bürgerkriege sind lateinamerikanische Beispiele, die verdeutlichen, dass eine globale Betrachtung der Blockkonfrontation einen kritischen Umgang mit dem Begriff »Kalter Krieg« nahelegt. Der Begriff ist in der Hinsicht korrekt, dass es nicht zur direkten Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion kam. Die Vorstellung eines langen Friedens, wie sie lange Zeit in der Forschung existierte, ist jedoch schwer haltbar – speziell bei einem Blick über Europa hinaus. Die Beschäftigung mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Lateinamerika in dieser geschichtlichen Phase kann dazu beitragen, neu über die Betrachtung des Ost-West-Konfliktes nachzudenken.

---

## Literatur

---

- Acuña, Carlos H. und Smulovitz, Catalina** (1995): Militares en la transición argentina. Del gobierno a la subordinación constitucional. In: Adam Przeworski, Carlos H. Acuña, Inés González Bombal und Elizabeth Jelin (Hg.): *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*. Buenos Aires: Ed. Nueva Visión, S. 19–99.
- Diamint, Rut** (2008): La historia sin fin: el control civil de los militares en Argentina. In: *Nueva Sociedad* 213, S. 95–111.
- Deutsch, Claudia** (2014): Noch immer im Kalten Krieg? Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA fernab von strategischer Allianz und Augenhöhe. Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): *Perspektive*, April 2014.
- Edelman, Marc** (1988): Pragmatischer Beistand. Die UdSSR und die lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen. In: Ders. und Klaus Fritsche: *Weder Schaf noch Wolf. Sowjetunion – Lateinamerika 1917–1987*, Bonn: Ila Verlag, S. 35–63.
- Grandin, Greg** (2013): What Was Containment? Short and Long Answers from the Americas. In: Robert J. McMahon (Hg.): *The Cold War in the Third World*. Oxford: Oxford University Press, S. 27–47.
- Greiner, Bernd** (2010): Kalter Krieg und ›Cold War Studies‹, Version: 1.0. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.02.2010, [http://docupedia.de/zg/Cold\\_War\\_Studies](http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies) (Zugriff: 03.01.2018).
- Grundberger, Sebastian und Hoffmann, Karl Dieter** (2008): Das politische System Guatemalas. In: Klaus Stüwe und Stefan Rinke (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 245–268.
- Harvey, David** (2007): *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Aus dem Englischen von Niels Kadritzke. Zürich: Rotpunktverlag.
- König, Hans-Joachim** (2010): *Kleine Geschichte Lateinamerikas*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Luther, Inga** (2008): Das politische System El Salvadors. In: Klaus Stüwe und Stefan Rinke (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 225–244.
- Petersen, Mirko** (erscheint 2018): *Geopolitische Imaginarien. Diskursive Konstruktionen der Sowjetunion im peronistischen Argentinien (1943–1955)*. Bielefeld: Transcript.
- Prutsch, Ursula** (2001): Revolutionäre Magie und politische Utopie – Getulio Vargas, Juan und Eva Perón, Hugo Chávez und Subcomandante Marcos. In: Axel Borsdorf, Gertrud Krömer und Christof Parnreiter (Hg.): *Lateinamerika im Umbruch. Geistige Strömungen im Globalisierungsstress*; Beiträge zu einer Ringvorlesung im Wintersemester 2001/02 an den Universitäten Innsbruck und Wien. Innsbruck: Selbstverlag des Instituts für Geographie d. Univ. Innsbruck, S. 129–141.
- Rinke, Stefan** (2012): *Lateinamerika und die USA. Von der Kolonialzeit bis heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Saab, Karim** (2016): Das nicaraguanische Brudervolk und ich. In: *Edition Le Monde Diplomatique: Mittelamerika. Zwischen Panamakanal und Río Bravo*. Berlin: taz Verlag- und Vertriebs GmbH, S. 38–39.
- Schobel, Kurt und Elsemann, Nina** (2008): Das politische System Nicaraguas. In: Klaus Stüwe und Stefan Rinke (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 415–441.
- Spenser, Daniela** (2008): Standing Conventional Cold War History on Its Head. In: Gilbert M. Joseph und Daniela Spenser (Hg.): *In from the Cold. Latin America's New Encounter with the Cold War*. Durham, NC: Duke University Press, S. 381–395.
- Toer, Mario** (2011): De Moctezuma a Chávez: Repensando la historia de América Latina, 4. Aufl., Buenos Aires: Eds. Cooperativas.
- Vacs, Aldo César** (1984): *Discreet Partners. Argentina and the USSR since 1917*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Westad, Odd Arne** (2005): *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of our Times*. New York: Cambridge University Press.
-

---

## **Themenrelevante Internetseiten für weiterführende Informationen**

---

Bundeszentrale für politische Bildung: Sammel-Dossier zum Kalten Krieg, [www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-kalte-krieg/](http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-kalte-krieg/)

The Cold War Museum, [www.coldwar.org](http://www.coldwar.org)

Wilson Center Digital Archive, <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/>

Bisher  
in dieser Reihe  
erschienen

## Menschen. Nutzen. Natur.

Zum Umgang mit Rohstoffreichtum  
in Lateinamerika

**ERSCHIENEN**  
März 2016

**TEXTE**  
Deutsch

**SEITENANZAHL**  
64

**DOWNLOAD**  
Sachanalyse und  
Zusatzmaterial

**PREIS**  
13 Euro

**ISBN**  
978-3-946507-00-0



**CIAS** **Mappe 1**

Gesellschaftswissenschaftlicher  
Unterricht Sek I & II

## Procesos migratorios en América Latina.

Unterrichtsbausteine für den Themen-  
bereich Migration in den Amerikas

**ERSCHIENEN**  
März 2017

**TEXTE**  
Deutsch/Spanisch

**SEITENANZAHL**  
68

**DOWNLOAD**  
Sachanalyse und  
Zusatzmaterial

**PREIS**  
10 Euro

**ISBN**  
978-3-946507-01-7



**CIAS** **Mappe 2**

Spanischunterricht Sek II

## Immigrant Nations.

Teaching Materials on Migration  
Processes in North America

**ERSCHIENEN**  
Januar 2017

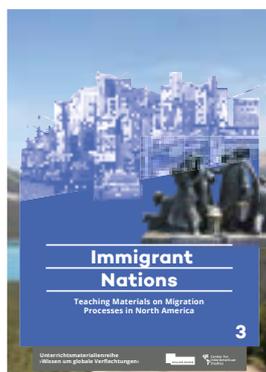
**TEXTE**  
Deutsch/Englisch

**SEITENANZAHL**  
68

**DOWNLOAD**  
Sachanalyse und  
Zusatzmaterial

**PREIS**  
11 Euro

**ISBN**  
978-3-946507-02-4



**CIAS** **Mappe 3**

Englischunterricht Sek I & II

## ¿Cachai Chile?

Sociedad. Memoria. Conflictos actuales.

Unterrichtsbausteine für den  
Spanischunterricht

**ERSCHIENEN**  
Juni 2017

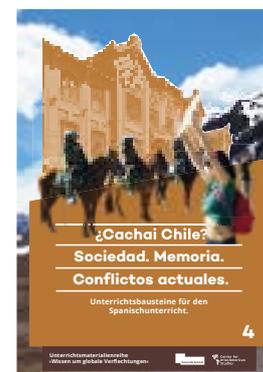
**TEXTE**  
Deutsch/Spanisch

**SEITENANZAHL**  
64

**DOWNLOAD**  
Sachanalyse und  
Zusatzmaterial

**PREIS**  
10 Euro

**ISBN**  
978-3-946507-04-8



**CIAS** **Mappe 4**

Spanischunterricht Sek II

## Über das Klassenzimmer hinaus

Die Arbeitsgruppe »Wissen um globale Verflechtungen« des **Center for InterAmerican Studies** der Universität Bielefeld ist ein interdisziplinärer Verbund von WissenschaftlerInnen und FachdidaktikerInnen, die gemeinsam Unterrichtsmaterialien zu **interkulturellem Globalem Lernen** entwerfen. Das Projekt knüpft an die Debatte um Globales Lernen an, wobei ein Schwerpunkt auf die Hinterfragung von Stereotypen, Paternalismus und eindimensionalen Kulturverständnissen gelegt wird. Die Unterrichtsmaterialien nehmen mit Bezug zu den Amerikas globale Verflechtungsbeziehungen in den Blick und arbeiten diese für den Einsatz in verschiedenen Schulfächern auf. Sie orientieren sich dabei eng an den fächerspezifischen inhaltlichen Vorgaben und Kompetenzmodellen.

### Kontakt & Bestellung

Die Themenmappen erscheinen im Kipu-Verlag und sind im Printformat oder als E-Book über den Buchhandel zu beziehen. Die Zusatzmaterialien können online heruntergeladen werden. Weitergehende Informationen zum Projekt und ausführliche Sachanalysen (Dossiers) zu den Themenschwerpunkten stehen kostenfrei auf unserer Internetseite zur Verfügung.

### Internetseite

[www.uni-bielefeld.de/cias/unterrichtsmaterialien](http://www.uni-bielefeld.de/cias/unterrichtsmaterialien)

### Kontakt

[GlobalesLernen@uni-bielefeld.de](mailto:GlobalesLernen@uni-bielefeld.de)